

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Frederik Lange

Hafenprojekt im Süden Sri Lankas fertiggestellt

Ein Konsortium aus chinesischen Konzernen hat Ende November ein Hafenanlagen-Großprojekt in Hambantota, der Heimatstadt von Präsident Rajapaksa im srilankischen Süden, fertiggestellt. Die Arbeiten hatten sich aufgrund des Monsuns erheblich verzögert und standen aufgrund von Korruptionsvorwürfen stark in der Kritik. Im Laufe des Projektes hatten sich die Baukosten stets erhöht und Vorwürfe einer systematischen Korruption innerhalb der Rajapaksafamilie waren immer lauter geworden. China hatte 2007 ein Projektabkommen mit Sri Lanka geschlossen. China plant, seine Marine in Hambantota zu stationieren, um die Ölreserven Chinas in Saudi Arabien und ggf. deren Lieferungen zu schützen. Das Projekt war Teil eines diplomatischen Abkommens zwischen China und Sri Lanka und scheint ein Beispiel für den wachsenden chinesischen Einfluss in Südasien zu sein. China hatte der Regierung Sri Lankas seit 2007 Waffen als Unterstützung im Kampf gegen die *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) geliefert.

USA erhöhen Entwicklungshilfe für Sri Lanka

Die Vereinigten Staaten haben 2011 ihr jährliches Entwicklungshilfebudget für Sri Lanka von 9,7 Millionen US-Dollar (2010) auf 14,7 Millionen Dollar angehoben. Dies verkündete der Vorsitzende der amerikanischen Entwicklungshilfe-Durchführungsorganisation USAID in Sri Lanka. Die Anhebung sei als Reaktion auf die positiven Entwicklungen innerhalb des Landes nach dem Ende des blutigen Bürgerkrieges hin zu einer Versöhnung zu verstehen. Im Ausland sieht sich Sri Lanka noch immer scharfer Kritik an seiner Politik hinsichtlich der Tamilenfrage ausgesetzt. Das Budget wird in den Bereichen Demokratie, Regierungsführung und im Agrarsektor eingesetzt.

Proteste der Opposition in Colombo

Die UNP (United National Party) hat im November eine massive Protestkampagne in der Hauptstadt Sri Lankas organisiert. Unter anderem forderte sie die Freilassung des ehemaligen Generals und kurzzeitigen Präsidentschaftskandidaten Sarath Fonseka. Dessen Partei, die *Democratic National Alliance* (DNA) beteiligte sich allerdings nicht an den Aktionen. Ranil Wickramasinghe, der UNP-Vorsitzende, forderte die amtierende Regierung auf, demokratischer zu agieren und abweichende Meinungen stärker zu tolerieren. Die Opposition ist in Sri Lanka seit 2008 weitestgehend machtlos und sieht sich einer übermächtigen Regierung gegenüber.

Parteiwechsler ins Bildungsministerium berufen

Präsident Mahinda Rajapaksa hat den ehemaligen UNP-Politiker Mohan Lal Grero nach seinem Wechsel in die regierende Koalition ins Bildungsministerium berufen. Lal Grero ist jedoch nur einer von vielen UNP-Politikern, die unter Versprechungen von politischen Ämtern in die *Sri Lanka Freedom Party* (SLFP) gewechselt sind. Sri Lanka muss sich daher immer mehr den Vorwurf eines existierenden Nepotismus gefallen lassen. Lal Grero stärkte der Rajapaksa-Regierung auch hinsichtlich des hoch umstrittenen Jahreshaushalts 2012 den Rücken. Der Wechsel von Lal Grero ist ein weiterer Schritt in Richtung Machtzentrierung der SLFP und führt auf diese Weise nicht nur der internationalen Gemeinschaft vor Augen, dass das demokratische System des Landes sukzessive erodiert.

Sri Lankas Regierung blockiert mehrere regierungskritische News-Websites

Das Ende des Bürgerkrieges hat im Bereich der Pressefreiheit für die Sri Lanker wenig Verbesserungen ge-

>>> *Pakistan im Überblick, Fortsetzung*

Todesurteil für Leibwächter des punjabischen Gouverneurs

Der Polizist und Leibwächter des im Januar 2011 in Islamabad ermordeten Gouverneurs der Provinz Punjab, Salman Taseer, wurde durch eine Anti-Terror Gerichtskammer zum Tode verurteilt. Die Reaktionen auf diese Tat waren in Pakistan sehr kontrovers. Der Polizist Mumtaz Hussain Qadri hatte sich auf

islamische Vorschriften berufen und bekräftigt, dass er Taseer nicht vorsätzlich ermordet habe. Geistliche und Vertreter islamistischer Parteien hatten Qadri öffentlich ihre Unterstützung zugesprochen, unter anderem, weil dem ermordeten Gouverneur Affären und ein luxuriöser Lebensstil nachgesagt wurden. Schlagzeilen machte auch das Buch *Terra Islamica* seines Stiefsohns Aatish Taseer, der ihm darin nachsagt, dass der Islam für den Politiker einzig ein Machtfaktor sei.

bracht. Regierungskritische Medienhäuser werden ge- gängelt, mutige Journalisten riskieren ihr Leben. Anfang November hat die Regierung einmal mehr an der Zensur- Schraube gedreht und den Zugang zu mindestens sechs bekannten News-Websites blockiert, weil diese angeblich den Präsidenten und andere hohe Politiker des Landes verunglimpft hatten. Die meisten singhalesischen Radio- stationen, Fernsehsender und Tageszeitungen scheinen sowieso längst zum Sprachrohr der Regierung geworden

zu sein, und auch die englischsprachigen Medien ver- breiten mit wenigen Ausnahmen Regierungspropagan- da. Online-Nachrichten-Sites boten bisher als Einzige noch die Möglichkeit, ungefilterte Informationen zu be- kommen. Das Informationsministerium nannte in seiner Ankündigung keine genaueren Details darüber, wieso die Websites blockiert wurden. Sie waren aber allesamt regierungskritisch und hatten über Korruption und ge- setzeswidriges Verhalten hoher Politiker berichtet.

„*A Peace to end all Peace*“?

Mit einer Mischung von Triumphalismus und lokalpolitischen Brosamen lässt sich das ethnische Problem Sri Lankas nicht lösen

Bernard Imhasly

Im ersten Weltkrieg hatte Präsident Woodrow Wilson den amerikanischen Eintritt in den Krieg gegen Deutschland mit dem idealistischen Satz begründet: „*A war to end all wars*“. Es war eine fatale Fehleinschätzung. Der Friedensschluss von Versailles legte das Fundament für den Zweiten Weltkrieg, und wurde „*a peace to end all peace*“. Was heute in Sri Lanka abläuft, erinnert mich an diese Worte und die Entwicklung in Europa vor hundert Jahren.

Es war ein großes Aufatmen, in Sri Lanka und anderswo, als die *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) im Sommer 2009 nach zwanzig Jahren Bürgerkrieg militärisch besiegt, die Organisation zerstört und ihre ganze Führung physisch eliminiert wurden. Die Tamil-Tiger hatten es sich selbst zuzuschreiben, dass die Sympathie der internationalen Gemeinschaft, und selbst von Teilen der tamilischen Diaspora, auf der Seite der srilankischen Regierung lag. Die LTTE, verblendet durch den Allmachtswahn einer totalitären Führung, hatte nach dem Waffenstillstand von 2002 die Friedensverhandlungen platzen lassen; vier Jahre später war sie es, die den Krieg erneut anzettelte. Und nun stand sie einer Regierung gegenüber, deren Ziel nicht Frieden, sondern die Zerstörung der LTTE war.

Massive Menschenrechts- verletzungen

Der Preis war hoch: Die tamilische Minderheit, zwanzig Prozent der srilankischen Bevölkerung, wurde in Sippenhaft genommen. Im Norden und Osten landeten Hunderttausende Flüchtlinge in Lagern, und wer sich nicht freiwillig dort meldete, wurde der Kollaboration verdächtigt und zum Freiwild gestempelt. Im Kriegsgebiet von Wannu führten die srilankischen Streitkräfte eine Kam- pagne der verbrannten Erde durch, und dokumentarisches Filmmaterial hat be- wiesen, dass sie dabei massive Men- schenrechtsverletzungen begingen. Wer gehofft hat, dass die entfesselte Raserei nach dem Sieg ein Ende nehmen würde, sieht sich heute getäuscht. Statt Heilung und Versöhnung erlebt das Land singha- lesischen Triumphalismus. Die Flücht- lingslager haben sich geleert, doch viele

Rückkehrer wurden ihrer Landtitel be- raubt, erblicken singhalesische Ansiedler auf ihren Feldern, sehen ganze Straßen- züge mit ihren Läden von den Militärs aus „Sicherheitsgründen“ konfisziert.

Die neue Rolle des Militärs

Die Armee, nach 2006 für den End- kampf hochgerüstet, wurde nicht etwa auf den Vorkriegsstand entmobilisiert – im Gegenteil. Das Verteidigungsbudget wurde letztes Jahr noch einmal erhöht und der Armeebestand weiter ausgebaut. Präsident Rajapakse verfügt dank seiner Popularität als Kriegsgewinner über eine bequeme Parlamentsmehrheit. Dies er- laubt es ihm und seinem Bruder Gotha- baya, mit „demokratischen“ Mitteln eine Militärherrschaft zu errichten. Als *Defence Secretary* ist dieser neuerdings nicht mehr nur Chef des Verteidigungsministeriums. Dieses hat sich nämlich das Amt für Städ-